

II-306 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 247/J

1987-03-27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch, Dr. Keppelmüller
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend den Beitrag Österreichs zum Schutz der europäischen
Umwelt vor chemischen Umweltkatastrophen

Durch die Ende des vergangenen Jahres von chemischen Grossbetrieben im Raum Basel ausgegangene katastrophale Verschmutzung des Rheins bzw. die dadurch ausgelöste Umweltkatastrophe sind eine Reihe internationaler Bemühungen insbesondere im Rahmen der OECD ausgelöst worden. Ziel dieser Bemühungen, in deren Verlauf auch eine hochrangige Arbeitsgruppe gegründet wurde, deren letzte Sitzung in der Zeit von 17. bis 18. März d.J. unter dem Vorsitz des niederländischen Ministers für Umwelt, Ed Nijpels geleitet wurde, ist es, die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Industriestaaten zwecks Verhinderung neuer chemischer Umweltkatastrophen zu intensivieren. Insbesondere sollen für die Zukunft bessere Vorkehrungen gegen den Austritt chemischer Schadstoffe getroffen und schon heute auf dem Markt befindliche chemische Substanzen einer - bisher fehlenden - Analyse auf ihre Schädlichkeit unterzogen werden. Weiter beabsichtigt die OECD, mit ihren Mitgliedstaaten und darüber hinaus, Methoden des globalen Risiko-Managements für chemische Substanzen einzuführen, da u.a. die Gefahr besteht, daß chemische Verschmutzungen während der gesamten Lebensdauer chemischer Produkte auftreten.

Im Hinblick auf die Bedeutung dieser sich anbahnenden internationalen Zusammenarbeit, richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler die nachfolgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Schwerpunkte hatte die Mitarbeit Österreichs an den bisherigen Tagungen der hochrangigen Chemie-Arbeitsgruppe der OECD?

- 2 -

- 2) Welche Maßnahmen können von österreichischer Seite erfolgen, um das nunmehr in Aussicht genommene Arbeitsprogramm der OECD zu fördern und zu unterstützen?

- 3) Welche gesetzlichen oder sonstigen Maßnahmen werden seitens der Bundesregierung getroffen werden, um von der OECD beschlossene Empfehlungen auch für Österreich wirksam zu machen?